STADT MEERBUSCH

Niederschrift

über die 23. Sitzung des Ausschusses für Planung und Liegenschaften am 05.12.2017
(10. Wahlperiode)

T a g e s o r d n u n g

Seite

Öffentliche Sitzung 5

1 **Bestellung eines Schriftführers und seiner Stellvertreter Vorlage: FB4/0708/2017** 5

2 **Einwohnerfragestunde** 5

3 **Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 24.7.2017 zum Busverkehr des ÖPNV in Bösinghoven Vorlage: FB5/0673/2017** 6

4 **Verbesserung der Betriebs- und Bedienqualität auf der Buslinie 071 Haus Meer - Viersen Vorlage: FB5/0671/2017** 7

5 **Regionale Zusammenarbeit im Rahmen des Projektaufrufs "StadtUmland.NRW" Vorlage: FB4/0695/2017** 8

6 **2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 276, Meerbusch-Strümp im Bereich der Gerhard-Hauptmann-Straße Aufstellungsbeschluß gem § 13 a BauGB Vorlage: FB4/0700/2017** 9

7 **3. v. Ä. des Bebauungsplanes Nr. 51BD, Im Bachgrund, Meerbusch-Büderich Aufstellungsbeschluss gemäß § 13 BauGB Vorlage: FB4/0727/2017** 11

8 **Bauvoranfrage, Errichtung eines Wohn- und Geschäftshauses mit Tiefgarage, Mathias-von-Hallberg-Straße, Lank-Latum; Zustimmung zu Befreiungen Vorlage: FB4/0701/2017** 12

9 **Bauvoranfrage, Errichtung eines Mehrfamilienwohnhauses mit Tiefgarage, Kanzlei/Necklenbroicher Straße, Büderich Zustimmung zu Befreiungen Vorlage: FB4/0728/2017** 13

10 **Bebauungsplan Nr. 301, Meerbusch-Lank-Latum, Fronhofstraße / Gonellastraße Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses / alternativ: Durchführung einer Planungswerkstatt Vorlage: FB4/0651/2017/1** 14

11 **Haushaltsberatungen** 17

12 **Anträge** 19

12.1 **Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen zur Aufteilung des B-Plans 301 Vorlage: FB4/0183/2017** 19

13 **Anfragen** 19

14 **Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle** 19

14.1 **Neubau einer Gewerbehalle mit einzelnen Lager- und Bürobereichen - Insterburger Straße 16a in Meerbusch-Osterath** 19

15 **Termin der nächsten Sitzung: 01.02.2018** 19

16 **Verschiedenes** 20

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:59 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Werner Damblon	Ratsmitglied	

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker	Ratsmitglied	
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Thomas Jung ab 18:36 (TOP 6)
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied	abwesend ab 18:36 (TOP 6)
Herr Leo Jürgens	Erster stellv. Bürgermeister	
Frau Norma Köser-Voitz	Ratsmitglied	
Frau Renate Kox	Ratsmitglied	
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied	
Herr Uwe Wehrspohn	Ratsmitglied	

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Dieter Jüngerkes / abwesend ab 19:51 (Top 17)
Herr Hans Günter Focken	Ratsmitglied	
Frau Nicole Niederdellmann-Siemes	Ratsmitglied	

von der FDP-Fraktion

Frau Kirsten Danes	Sachkundige Bürgerin	Vertretung für Herrn Klaus Rettig
Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied	

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied	
Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied	

von der UWG-Fraktion

Herr Heinrich Peter Weyen	Ratsmitglied	

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marcel Müller	Sachkundiger Bürger	

Beratende Mitglieder

Herr Hubert Kräling	Seniorenbeirat	

von der Verwaltung

Frau Angelika Mielke-Westerlage	Bürgermeisterin	
Herr Michael Assenmacher	Techn. Beigeordneter	
Frau Petra Fischer	Fachbereich 4	
Herr Jürgen Gatzlik	Bereichsleiter Fachbereich 6	
Frau Frauke Köppen		
Frau Kirsten Steffens	Bereichsleiterin Fachbereich 4	

Schriftführerin

Frau Lisanne Wilms	Fachbereich 4

es fehlen:

von der SPD-Fraktion

Herr Dieter Jüngerkes	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Klaus Rettig	Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Öffentliche Sitzung

1 Bestellung eines Schriftführers und seiner Stellvertreter
Vorlage: FB4/0708/2017

Beschluss:
Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften bestellt gemäß § 52 Abs. 1 GO NRW Frau Lisanne Wilms aus dem Fachbereich 4 zu seiner Schriftführerin.

Als stellvertretender Schriftführer wird bestellt:
Herr Patrick Wirtz, Fachbereich 6

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piratenpartei	1		
Gesamt:	17		

Herr Damblon weist daraufhin, dass Frau Nicole Raven als Stellvertreterin für Frau Lisanne Wilms aus der Beschlussvorlage gestrichen wird. Die Stellvertretung wird nur von Herrn Patrick Wirtz übernommen.

2 Einwohnerfragestunde

Ein Bürger fragt zur weiteren Vorgehensweise beim Bebauungsplan Nr. 301 (Tagesordnungspunkt 10).
Er stellt klar, dass über 90 % der Grundstückseigentümer für eine Aufhebung des Bebauungsplanes sind. Er fragt den Ausschuss, warum dieser trotzdem an dem Bebauungsplan festhalten will.

Herr Damblon erklärt, dass bis jetzt noch kein rechtskräftiger Bebauungsplan existiert und in dieser Ausschusssitzung nur über die Aufstellung und Entwicklung eines solchen diskutiert wird. Der vorhandene städtebauliche Entwurf ist eine mögliche Idee gewesen dieses Gebiet zu entwickeln. Ein städtebaulicher Entwurf ist zunächst nur Grundlage für den späteren Bebauungsplanentwurf.

Eine Bürgerin weist daraufhin, dass der BUND gegen die geplante K9n ist. Es wird nachgefragt, ob schon Daten für die Offenlage vorliegen.

Herr Assenmacher erklärt, dass derzeit der Bebauungsplanentwurf für die Offenlage vorbereitet wird. Hierzu sind Gutachten erstellt worden, die dann mit offengelegt werden. Die Offenlage ist für die erste Jahreshälfte geplant.

Fragestellerin 2 fragt weiter, wer die Ausgleichsmaßnahmen bei der K9n überwacht.

Frau Steffens erläutert, dass bei der K9n die Ausgleichsmaßnahmen im Plangebiet selber liegen bzw. durch das städtische Ökokonto bzw. -pool nachgewiesen werden. Die Ausgleichsmaßnahmen für die K9n werden von der Stadt angelegt und auch überwacht.

Ein Bürger fragt, ob beim Bebauungsplan Nr. 301 Interessenskonflikte von Ausschussmitgliedern im Zusammenhang mit Immobilienbesitz bestehen.

Herr Damblon erläutert, dass betroffene Ausschussmitglieder nicht an der Beratung und anschließenden Abstimmung teilnehmen.

3 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 24.7.2017 zum Busverkehr des ÖPNV in Bösinghoven
Vorlage: FB5/0673/2017

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften beschließt, den Antrag gemäß § 24 GO NRW vom 24.7.2017 zum Busverkehr des ÖPNV auf Umlegung der Fahrstrecken und Reduzierung der abendlichen ÖPNV-Angebote in Bösinghoven abzulehnen.

Die Bürgeranregung wird in den Arbeitskreis ÖPNV aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piratenpartei	1		
Gesamt:	17		

Frau Wolf trägt ihre Bürgeranregung zum Busverkehr des ÖPNV in Bösinghoven vor.
Der Vortrag wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Assenmacher stellt klar, dass Bösinghoven im Vergleich zu Büderich nicht die am stärksten befahrensten Straßen hat. Um den Verkehr in Meerbusch zu mindern, sollte vielmehr der ÖPNV gefördert werden, anstatt diesen zu reduzieren. Es haben bereits schon Gespräche mit der Rheinbahn über eine Linienänderung stattgefunden. Die Rheinbahn rät hiervon ab.

Herr Schoenauer erläutert, dass es sich nicht um eine Anliegerstraße, sondern um eine Erschließungsstraße handelt. Des Weiteren beträgt die Zahl der Busfahrten, die die Straße pro Tag befahren, nicht 120, sondern 48 Fahrten. Durch den Vorschlag von Frau Wolf entsteht mehr anstatt weniger Verkehr. Ein weiterer Punkt ist, dass die Taktung der Buslinien auf die Straßenbahnverbindung ausgerichtet ist.

Frau Niederdellmann-Siemes stimmt Herrn Schoenauer zu. Der ÖPNV sollte mehr gestärkt werden. Sie beantragt, die Bürgeranregung mit in den Arbeitskreis ÖPNV zunehmen und den Beschlusstext dahingehend zu erweitern.

Herr Kräling lehnt die Bürgeranregung ebenfalls ab, weil eine derartige Lösung mehr Verkehr bringt und hierdurch andere Straßen mehr belastet werden. Des Weiteren hat die Buslinie 057 eine sehr starke Funktion für den Schülerverkehr in Bösinghoven.

Abschließend macht Frau Wolf nochmals deutlich, dass die momentane Situation eine enorme Belastung für die Anwohner darstellt.

4 Verbesserung der Betriebs- und Bedienqualität auf der Buslinie 071 Haus Meer - Viersen
Vorlage: FB5/0671/2017

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften beschließt, den vom Betreiber (Busverkehr Rheinland) vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der Betriebs und Bedienungsqualität der Buslinie 071 von Meerbusch Haus Meer nach Viersen zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piratenpartei	1		
Gesamt:	17		

Herr Assenmacher stellt den Sachverhalt vor.

Herr Gabernig fragt nach, ob es möglich ist, die Buslinie bis zur Haltestelle „Landsknecht“ zuführen, um die Haltestelle „Haus Meer“ zu entlasten.

Herr Assenmacher erklärt, dass die Haltestelle „Haus Meer“ als Umsteigeknotenpunkt im Konzept der Rheinbahn besonders in den Hauptverkehrszeiten die bessere Möglichkeit für ein Umsteigen der Fahrgäste bietet.

Herr Schoenauer regt an, die Idee von Herrn Gabernig im Arbeitskreis ÖPNV aufzunehmen. Diesem Vorgehen schließt sich der Ausschuss an.

5 Regionale Zusammenarbeit im Rahmen des Projektaufrufs "StadtUmland.NRW"
Vorlage: FB4/0695/2017

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung nimmt das Zukunftskonzept ‚RegioNetzWerk' des Projektaufrufs „StadtUmland.NRW" (siehe Anlage 1 und 2: Kurz- und Langfassung zum Zukunftskonzept; Anlage 3: Link zu den vier Plakaten zum Zukunftskonzept) zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage des vorliegenden Zukunftskonzeptes die Inhalte im Rahmen der regionalen Kooperation weiter auszuarbeiten und voranzubringen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piratenpartei	1		
Gesamt:	15		2

Frau Steffens berichtet über das RegioNetzwerk und die 2. Regiokonferenz in Duisburg.

Herr Quaß sieht die Entwicklung des Meerbuscher Leitprojektes „Kamper Weg" grundsätzlich positiv. Die auf der Regiokonferenz vorgestellten Projekte der anderen Städte, insbesondere der Stadt Duisburg, sind seiner Meinung nach noch diskussionswürdig. Des Weiteren weist er daraufhin, dass die Rheinbahn im letzten Ausschuss im September erklärt hat, dass eine Taktverdichtung der Bahnlinien U76 und U70 nicht weiter möglich ist.

Frau Steffens stimmt dem zu und erläutert, dass es auch nicht um eine Taktverdichtung der Bahnlinien U 76 und U 70 geht, sondern vielmehr um die Verlängerung einer bereits bestehenden Linie (U 74) von Düsseldorf nach Krefeld geht. Hierzu ist eine interkommunale Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Rheinbahn und des Rhein-Kreis Neuss eingerichtet worden, die mit einem Verkehrsplanungsbüro zusammen untersucht, welche Maßnahmen hierfür erforderlich sind und wie weitere multimodale Mobilitätsangebote aussehen können.

Herr Assenmacher führt aus, dass eine Siedlungsentwicklung nur im Zusammenhang mit Klärung von zielführenden Mobilitätsangeboten sinnvoll ist.

Herr Wehrspohn merkt an, dass alle vorgestellten Projekte sehr wohn- und freizeitorientiert sind. Die Entwicklung von Wirtschaftsflächen wurde kaum berücksichtigt, obwohl diese ein wichtiges Kriterium darstellen. Er weist daraufhin, dass das Arbeiten immer im Zusammenhang mit Wohnen betrachtet werden soll und nicht losgelöst davon entwickelt werden sollte.

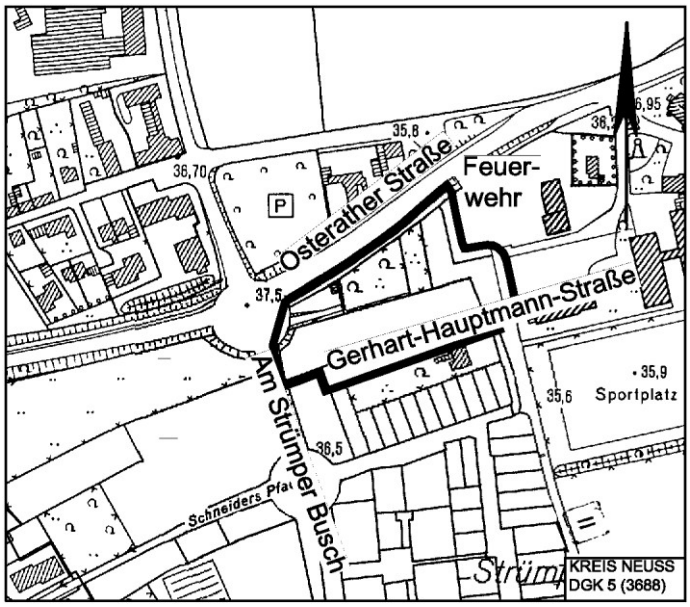
Herr Gabernig stimmt Herrn Wehrspohn zu. Seiner Meinung nach ist Ziel des Projektes den Mangel an Wohnraum in Düsseldorf zu lösen. Hierdurch werden vor allem die Belastungen im Verkehr weiter ansteigen.

Frau Steffens erläutert, dass die Städte genau aus diesem Grund zusammen arbeiten, um diese gemeinsamen Herausforderungen gemeinsam lösen zu können. Des Weiteren handelt es sich bei den

vorgestellten Projekten um „Startprojekte“, die insbesondere im Rahmen des Wettbewerbes entwickelt wurden, bei dem es um Siedlungsentwicklung an der Schiene ging. Sie weist daraufhin, dass das RegioNetzwerk in seiner weiteren Arbeit selbstverständlich auch weitere Themen interkommunal bearbeiten wird.

Frau Niederdellmann-Siemes ist dem Projekt „RegioNetzWerk“ positiv gestimmt. Sie stellt klar, dass es sich um den Beginn eines großen Projektes handelt und zunächst einmal Leitprojekte entwickelt werden müssen. Dennoch muss beachtet werden, dass sich die Dichte an der jeweiligen Stadt orientieren muss. Des Weiteren muss auch eine stärkere Vernetzung von Siedlungsentwicklung und Mobilität berücksichtigt werden. Auch müssen alternative Wohnformen mehr in den Fokus der Betrachtung rücken.

6 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 276, Meerbusch-Strümp im Bereich der Gerhard-Hauptmann-Straße
Aufstellungsbeschluß gem § 13 a BauGB
Vorlage: FB4/0700/2017



<u>Beschluss:</u>

1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. §§ 1 (8) und 13a BauGB

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften nimmt den Gestaltungsplan zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 276 zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen.

Der Rat der Stadt beschließt gemäß § 2 (1) in Verbindung mit §§ 1 (8) und 13a Baugesetzbuch (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808),
für ein Gebiet, das

- im Westen durch die Straße „Am Strümper Busch“,
- im Norden durch die Osterather Straße (L 154),

- im Osten durch die vorhandene Lärmschutzanlage und
  im Süden durch die südliche Begrenzungslinie der Gerhart-Hauptmann-Straße und den Schneiderspfad begrenzt ist,

maßgebend ist der in der 2. Änderung des Plans Nr. 276 dargestellte Geltungsbereich gemäß § 9 (7) BauGB, der Bestandteil dieses Beschlusses ist,

die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 276 Am Strümper Busch / Im Plötschen, im Bereich der östlich angrenzenden Feuerwehr Strümp aufzustellen,

die vorrangig folgende Planungsziele zur Grundlage haben soll:

- Entwicklung von Wohnbauflächen
- Neuordnung der Baufelder

Der Rat der Stadt beschließt, die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 276 im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Umweltprüfung durchzuführen.

2. Öffentlichkeitsbeteiligung

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften beauftragt die Verwaltung, die Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB in Form einer zweiwöchigen Auslegung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: Aufstellungsbeschluss

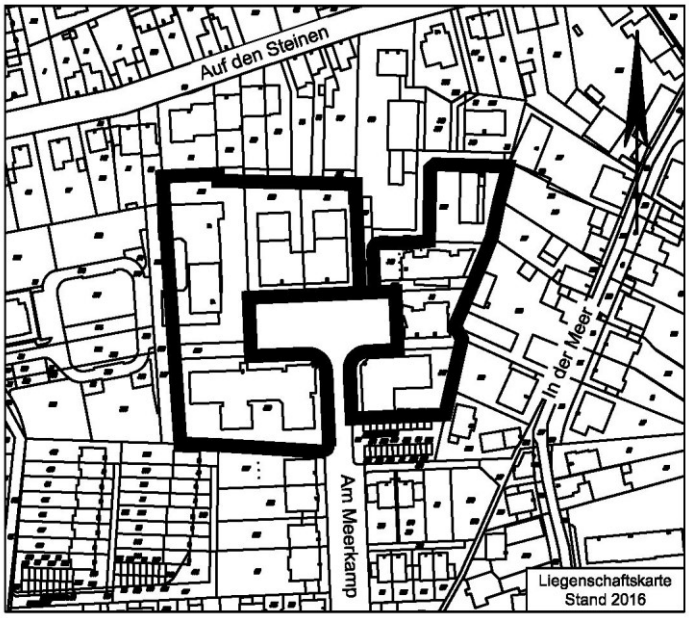
	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piratenpartei	1		
Gesamt:	**15**	**2**	

Abstimmungsergebnis: Öffentlichkeitsbeteiligung

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piratenpartei	1		
Gesamt:	**17**		

Herr Gabernig erklärt, dass die FDP der Beschlussvorlage nicht folgen werde. Das Grundstück solle als Reservefläche für unerwartete Ereignisse in der Zukunft, wie zum Beispiel ein erneuter erhöhter Bedarf an Flüchtlingsunterkünften, zurückgehalten werden und deshalb jetzt noch nicht bebaut werden.

7 3. v. Ä. des Bebauungsplanes Nr. 51BD, Im Bachgrund, Meerbusch-Büderich
Aufstellungsbeschluss gemäß § 13 BauGB
Vorlage: FB4/0727/2017



Beschluss:

Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. §§ 1 (8) und 13 BauGB

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen.

Der Rat der Stadt beschließt gemäß § 2 (1) in Verbindung mit §§ 1 (8) und 13 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634),

für ein Gebiet, das die Grundstücke umfasst, die sich angrenzend an die Wendeanlage „Am Meerkamp“ befinden

und das

- im Westen durch die Ostgrenze der Baugrundstücke an der Straße „Hohegraben weg“
- im Norden durch die Südgrenze der Baugrundstücke an der Straße „Auf den Steinen“
- im Osten durch die Westgrenze der Baugrundstücke an der Straße „In der Meer“ und
- im Süden durch die Nordgrenze der Baugrundstücke an der Straße „Am Meerkamp“ sowie durch die Straßenverkehrsfläche „Am Meerkamp“ begrenzt wird,

maßgebend ist der in der 3. vereinfachten Änderung des Plans Nr. 51 BD dargestellte Geltungsbereich gemäß § 9 (7) BauGB, der Bestandteil dieses Beschlusses ist,

die 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplans Nr. 51 BD Im Bachgrund aufzustellen,

die vorrangig folgende Planungsziele zur Grundlage haben soll:

- Sicherung des Gebiets als hochwertigen Büro- und Verwaltungsstandort

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piratenpartei			1
Gesamt:	16		1

Frau Steffens stellt den Sachverhalt vor.

Nach kurzer Diskussion fasst der Ausschuss obigen Beschluss.

8 Bauvoranfrage, Errichtung eines Wohn- und Geschäftshauses mit Tiefgarage, Mathias-von-Hallberg-Straße, Lank-Latum; Zustimmung zu Befreiungen
Vorlage: FB4/0701/2017

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften stimmt den planungsrechtlichen Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 81 B für das Bauvorhaben - Errichtung eines Wohn- und Geschäftshauses mit Tiefgarage, Mathias-von-Hallberg-Straße –für folgende Tatbestände gemäß § 31 (2) Nr. 2 BauGB zu:

1. Überschreitung der Baugrenze
2. Abweichen von der geschlossenen Bauweise
3. Überschreitung der zulässigen Geschossigkeit von zweigeschossig auf dreigeschossig
4. Überschreitung der zulässigen Grundflächenzahl (GRZ) von 0,4 um 0,04
5. Überschreitung der zulässigen Geschoßflächenzahl (GFZ) von 0,8 um 0,5
6. Überschreitung der Traufhöhe von max. 7 Metern um 2,2 Meter
7. Überschreitung der Firsthöhe von max. 10 Metern um 2 Meter
8. Reduzierung der Mindestbepflanzung des Grundstücks von 30 % auf 10 % als Dachflächenbegrünung der Tiefgarage

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piratenpartei	1		
Gesamt:	17		

Herr Assenmacher erläutert, dass bei der Beschlussvorlage ein redaktioneller Fehler beim Punkt „GRZ" vorliegt. Anstelle der 0,1 müsse dort 0,04 stehen. Im Sachverhalt ist dies bereits richtig dargestellt gewesen.

Herr Weyen fragt nach, wie die Außenfassade des Bauvorhabens aussehen wird.

Herr Assenmacher erklärt, dass das Bauvorhaben eine Klinkerfassade haben wird.

Nach kurzer Diskussion fasst der Ausschuss obigen Beschluss.

9 Bauvoranfrage, Errichtung eines Mehrfamilienwohnhauses mit Tiefgarage, Kanzlei/Necklenbroicher Straße, Büderich
Zustimmung zu Befreiungen
Vorlage: FB4/0728/2017

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften stimmt den planungsrechtlichen Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 50 BD sowie den Abweichungen von der dazugehörigen Gestaltungssatzung Nr. 14 für das Bauvorhaben – Errichtung eines Mehrfamilienhauses mit Tiefgarage, Kanzlei / Necklenbroicher Straße – für folgende Tatbestände gemäß § 31 (2) BauGB zu.

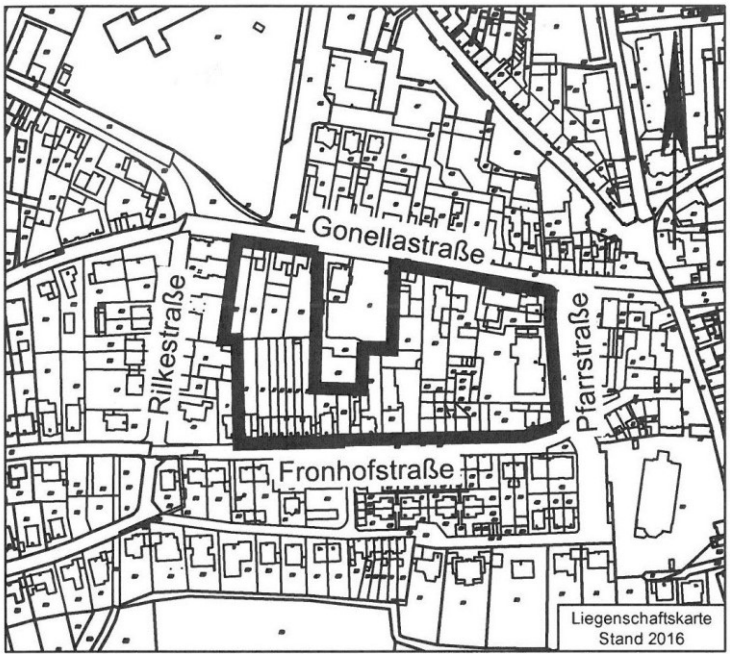
1. Überschreitung der Baugrenze
2. Abweichen von der festgesetzten offenen Bauweise
3. Überschreitung der zulässigen Geschossigkeit von zweigeschossig auf dreigeschossig
4. Überschreitung der zulässigen Geschossflächenzahl (GFZ) von 0,8 auf 1,12 (610 qm)
5. Abweichung von der festgesetzten Firstrichtung
6. Abweichung von der festgesetzten Dachneigung

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE und Piratenpartei	1		
Gesamt:	**14**	**3**	

Nach kurzer Diskussion fasst der Ausschuss obigen Beschluss.

10 Bebauungsplan Nr. 301, Meerbusch-Lank-Latum, Fronhofstraße / Gonellastraße Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses / alternativ: Durchführung einer Planungswerkstatt Vorlage: FB4/0651/2017/1



Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt beschließt seinen am 29.05.2013 gefassten und am 28.04.2016 erneut gefassten Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes für ein Gebiet, das durch die Fronhofstraße, die Gonellastraße, die Pfarrstraße und im Westen durch die westlichen Grenzen der Hausgrundstücke Gonellastraße Nr. 42 und Fronhofstraße Nr. 55 begrenzt ist; aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		3	
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG		1	
DIE LINKE und Piratenpartei		1	
Gesamt:		**16**	

Damit ist der Beschlussvorschlag abgelehnt.

Alternativvorschlag:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt beschließt seinen am 29.05.2013 gefassten und am 28.04.2016 erneut gefassten Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes für ein Gebiet, das durch die Fronhofstraße, die Gonellastraße, die Pfarrstraße und im Westen durch die westlichen Grenzen der Hausgrundstücke Gonellastraße Nr. 42 und Fronhofstraße Nr. 55 begrenzt ist; zunächst nicht aufzuheben.

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften beschließt, die Verwaltung mit der Durchführung einer Planungswerkstatt zu beauftragen

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG	1		
DIE LINKE und Piratenpartei	1		
Gesamt:	**7**	**9**	

Damit ist der Alternativvorschlag abgelehnt.

Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt beschließt seinen am 29.05.2013 gefassten und am 28.04.2016 erneut gefassten Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes für ein Gebiet, das durch die Fronhofstraße, die Gonellastraße, die Pfarrstraße und im Westen durch die westlichen Grenzen der Hausgrundstücke Gonellastraße Nr. 42 und Fronhofstraße Nr. 55 begrenzt ist; zunächst nicht aufzuheben.

Der Rat der Stadt beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 301 an einer gedachten Linie zwischen Gonellastraße 28 und Fronhofstraße 37a in zwei Bereiche zu teilen. Der östliche Teil des Geltungsbereiches soll zeitnah städtebaulich neu strukturiert und das Verfahren weiter geführt werden, die städtebaulichen Entwicklungen im westlichen Teil sollen zunächst ruhen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD		3	
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG		1	
DIE LINKE und Piratenpartei		1	
Gesamt:	9	7	

Damit ist der Antrag angenommen.

Herr Jürgens hat an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Der Tagesordnungspunkt 10 wird mit dem Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen zur Aufteilung des Bebauungsplanes Nr. 301 gemeinsam beraten.

Herr Schoenauer erläutert den Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Es gäbe einige Bürger, die durchaus an einer Entwicklung und Neugliederung interessiert seien. Aufgrund der unterschiedlichen Interessen der Bürger solle der Bebauungsplan aufgeteilt und stufenweise entwickelt werden. Ziel sei es deshalb, für die Hälfte im östlichen Bereich des Bebauungsplangebietes einen neuen städtebaulichen Entwurf zu entwickeln und das Verfahren fortzuführen; die Entwicklungen der anderen Hälfte im westlichen Teil sollen zunächst ruhen.

Frau Niederdellmann-Siemes spricht sich für den Alternativvorschlag der Verwaltung aus, zunächst eine Planungswerkstatt mit allen betroffenen Bürgern durchzuführen und dann erneut zu beraten. Besonders im Stadtteil Lank - Latum stehen nur wenige Flächen für eine Wohnbaulandentwicklung zur Verfügung. Dem Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen werde die SPD deshalb nicht zustimmen.

Herr Gabernig stimmt Frau Niederdellmann-Siemes zu. Es sollte erst nach Durchführung der Planungswerkstatt eine eventuell sinnvolle Teilung des Plangebietes stattfinden, um allen Interessen der Bürger gerecht zu werden.

Herr Schoenauer findet die Idee, eine Planungswerkstatt mit allen betroffenen Eigentümern durchzuführen, nicht sinnvoll. Die Lösung solle vielmehr darin bestehen, mit den Bürgern, die an einer Entwicklung interessiert sind, das Verfahren weiter fortzuführen.

Herr Peters sieht die vorgeschlagene Planungswerkstatt ebenfalls als nicht zielführend an. Auch er ist der Meinung, dass eine Planungswerkstatt nur mit den Bürgern durchgeführt werden solle, die Interesse an einer Entwicklung haben.

Herr Weyen spricht sich gegen eine Aufteilung des bestehenden Bebauungsplangebietes aufgrund der geringen Größe des Gebietes aus.

Sodann ist über die oben genannten Beschlüsse abgestimmt worden.

11 Haushaltsberatungen

Abstimmungsergebnisse:

Antrag der SPD-Fraktion zum Produkt 010.111.160 – Erhöhung des Ansatzes des Kontos „Erwerb von Grundstücken“ um 2.372.000,00 €

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG			1
DIE LINKE und Piratenpartei	1		
Gesamt:	4	12	1

Der Antrag der FDP-Fraktion zum Produkt 010.111.160 – Erhöhung des Ansatzes um 110.000,00 € wird zurückgezogen, da die Mittel schon im Planungsansatz enthalten sind.

Der Antrag der FDP-Fraktion zum Produkt 010.111.160 – Reduzierung des Ansatzes des Kontos „Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden“ um 700.000,00 € wird zurückgezogen, da in der Auflistung die Kosten für das Bauprojekt „Alten Teich“ nicht enthalten sind.

Antrag der SPD-Fraktion zum Produkt 090.511.010 – Erhöhung des Ansatzes des Kontos „Geschäftsaufwendungen“ um 300.000 €

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG		1	
DIE LINKE und Piratenpartei	1		
Gesamt:	4	13	

Antrag der UWG-Fraktion zum Produkt 090.511.010 – Reduzierung des Ansatzes des Kontos „78520000 Tiefbaumaßnahmen“ auf Null

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG	1		
DIE LINKE und Piratenpartei	1		
Gesamt:	4	13	

Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen zum Produkt 090.511.010 - Erhöhung des Ansatzes des Kontos „Geschäftsaufwendungen“ um 20.000€

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG		1	
DIE LINKE und Piratenpartei			1
Gesamt:	**13**	**3**	**1**

Beim Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen wird der Grund des Änderungsantrages („Meerbuscher Rheinfront“) konkretisiert. Der Begriff „Meerbuscher Rheinfront“ wird durch „Rheinfront im Bereich der Fähre Langst-Kierst“ ersetzt.

Antrag der FDP-Fraktion zum Produkt 090.511.010 – Streichung des VE-Ansatzes um 350.000€

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG	1		
DIE LINKE und Piratenpartei	1		
Gesamt:	**4**	**13**	

Antrag der UWG-Fraktion zum Produkt 090.511.010 - Erhöhung des Ansatzes um 50.000€

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG	1		
DIE LINKE und Piratenpartei		1	
Gesamt:	**1**	**14**	**2**

Der Antrag der UWG-Fraktion zum Produkt 090.511.010 - Erhöhung des Ansatzes um 100.000€ wird zurückgezogen, da der Verkehrsentwicklungsplan in den Haushaltsmitteln schon berücksichtigt wurde.

Auf die Anfrage der FDP-Fraktion zum Produkt 090.511.030 erklärt Herr Assenmacher, dass bereits Gespräche mit der Stadt Neuss geführt werden. Sobald Ergebnisse vorliegen, werden diese zur Beratung in den Haupt- und Finanzausschuss eingebracht.

Zu den Produkten Bauaufsicht (100.521.010), Bodenordnung (100.511.010) und Grafische Datenverarbeitung (090.511.020) wurden keine Anträge gestellt.

Abstimmung über den gesamten Haushalt:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		3	
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG		1	
DIE LINKE und Piratenpartei		1	
Gesamt:	10	7	

Die Fraktionen stellen ihre Anträge vor.

Nach kurzer Diskussion wird über den Haushalt abgestimmt.

12 Anträge

12.1 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen zur Aufteilung des B-Plans 301 Vorlage: FB4/0183/2017

Der Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen ist im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 10 beraten worden.

13 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

14 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

14.1 Neubau einer Gewerbehalle mit einzelnen Lager- und Bürobereichen - Insterburger Straße 16a in Meerbusch-Osterath

Frau Steffens stellt das Bauvorhaben vor.

Es handelt sich hierbei um die Errichtung eines Lagergebäudes geringer Höhe mit Büroflächen. Das Gebäude soll im Erdgeschoss in Massivbauweise, der obere Bereich in Sandwichelementen mit Dach aus Trapezblechkonstruktion errichtet werden.

Das Vorhaben fügt sich nach § 34 BauGB in die umliegende Gewerbebebauung ein. Die geplante Gebäudehöhe beträgt 49,06 NN und liegt damit unterhalb der Firsthöhe von 50,38 NN der Nachbarhalle und der max. festgesetzten Höhe von 50,0 NN im Geltungsbereich des direkt angrenzenden Bebauungsplanes Nr. 296 „Gewerbegebiet Insterburger Straße“.

15 Termin der nächsten Sitzung: 01.02.2018

Die nächste Sitzung des Ausschusses für Planungen und Liegenschaften findet am 01.02.2018 statt

16 Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt keine Wortmeldung vor.

Meerbusch, den 19. Dezember 2017

Werner Damblon Ausschussvorsitzender	Lisanne Wilms Schriftführer/in